

**Abend-Ausgabe.**

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haerensstein & Bogler, G. L. Daube, Invalidenbank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Wilhelm Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Wort. Er sagt: „Es ist gut, daß die Angelegenheit Dreyfus auf ihrem gerichtlichen Boden bleibe; dies ist das einzige Mittel, Licht zu schaffen. Nebenher fragt, weshalb Poincaré so lange gewartet habe, um die Wahrheit an den Tag zu bringen (lebhafter Beifall). Wir weigern uns, die Verurteilung anzuordnen (Beifall). Einen solchen Befehl zu geben, selbst wenn wir das Recht dazu hätten, hieße das Prinzip der Trennung der Gewalten verletzen. Wir thun es nicht aus Eigensinn, sondern wegen der schlechten Lösung, die das Land unsern Befehl geben würde (Beifall). Die politische Gewalt hat hier nicht einzugreifen. Dies würde zur Willkür führen. Parlament und Regierung haben nicht zu urtheilen über einen Zusammenhang, der zwischen den Angelegenheiten Dreyfus und Picquart bestehen könnte. Unser Eingreifen würde den Charakter eines Einspruchs haben. Nichts in das Werk des Kassationshofes auffallen. Wir bleiben unserer Erklärung treu und werden die Entscheidungen der Justiz achten. Wir sind eine Regierung des Gesetzes, wir lehnen ab, eine Regierung der Willkür zu sein.“ (lang anhaltender Beifall.) Nicht billigt die Erklärung der Regierung, daß sie die Trennung der Gewalten achte, meint aber, die Regierung sei Herrin, was die Opportunität des Datums der Einberufung des Kriegsgerichts angehe. Hiernach wurde Schluß der Beratung ausgesprochen. Es sind zehn Tagesordnungen eingebracht. Die Regierung nimmt die Tagesordnung Dujardin an, die besagt, die Kammer gehe zur Tagesordnung über, indem sie die Erröthung der Regierung, die das Prinzip der Trennung der Gewalten achte, billige. Die Tagesordnung Dujardin wird schließlich mit 437 gegen 38 Stimmen angenommen.

Die erdrückende ministerielle Mehrheit bei der Abkündigung ist so zu erklären, daß die Führer der republikanischen Gruppen die Versicherung erhielten, der Kassationshof werde das nöthige zur Verurteilung des Picquart-Prozesses veranlassen.

Dreyfus richtete ein Telegramm an seinen befreundeten Demange, worin er ihn für seine Bemühungen dankt und ihn bittet, sein Vertheidiger zu bleiben. Es ist unrichtig, daß Labori seine Enttätigung nicht als ein offenes Schreiben denjenigen, die einen Ausschuss des Picquart-Prozesses fordern, an. Zu den Unterzeichnern des Protestes gehört auch Sarah Bernhardt.

Der **Kaiser** begab sich gestern kurz nach 1/2 Uhr Nachmittags vom Stadtschloße aus zu Pferde nach dem Bornstedter Feld, wo auch die Kaiserin mit dem Prinzen Joachim und der Prinzessin Viktoria Luise zu Wagen eingetroffen waren. Der Kaiser ritt die Front des Lehmann'schen Infanteriebataillons ab und wohnte dem Vorüberziehen derselben bei, an welches sich ein Feuergefecht ergiebig in der Feuer gegen einen markirten Feind schloß. Nach der Kritik und nochmaligen Paradeumarmung führte der Kaiser das Bataillon unter Vorantritt des neuen eigenen Musikkorps derselben nach der Stadt zurück und ließ sich im Fahnenportale des Stadtschlosses nochmals vorbeimarshiren. — Der **Fürst von Bentheim-Steinfurt**, Schwager des Königs Wilhelm von Württemberg und des regierenden Fürsten von Waldeck-Pyrmont, stützte gelegentlich seines Besuches bei der Königin von Holland während der Jagd so unglücklich, daß er sich einen Bruch des linken Unterarmes zuzog. — Der weit über seinen Wirkungskreis hinaus bekannte **Robin-De-Benjamin Rippner** in Glogau ist in der Nacht zum Montag nach kurzem Krankenlager gestorben. Anfangs dieses Jahres feierte er das fünfundsingzigjährige Jubiläum seiner jeßorgerischen Thätigkeit, bei welcher Gelegenheit ihm seitens der städtischen Behörden und der Bürgerlichkeit besondere Ehrungen zu Theil wurden. Der Verstorbene war auch ein hervorragender wissenschaftlicher Schriftsteller. — Für das Bildniß des **Oberbürgermeisters Zelle**, welches ein Grenzplaz im Berliner Rathhaus erhalten wird, bekommt der ausführende Künstler, Prof. Kone, ein Honorar von 5000 Mark. Für die Geräumung des Werkes ist eine Summe von 3 Mark ausgesetzt. — Bei den Stadtworbornischen Wahlen in Polen wurden in der dritten Abtheilung zwei Deutsche und drei Polen gewählt; Deutschen verloren ein für sicher gehaltenes Mandat, weil dort nur ein Viertel der Wählerberechtigten wählte. — Der **westfälische Bauernverein** hat ein Mitglied, welches seinen Hof zur Vornahme einer sozialdemokratischen Veranmerkung hergegeben hatte, aus dem Verein ausgeschlossen. — Aus Osnabrück schreibt die „Germania“: „Ein hochpolitischer Vorgang machd hier viel von sich reden. Die **Unfstellungen der katholischen Lehrer** erfolgen nach altem Recht seitens des Herrn Bischofs. Jetzt, nach dem Tode des Bischofs, scheint die Regierung das alte bishöfliche Recht brevi manu annehmen zu wollen, denn das königliche Amtsblatt bringt bereits eine Reihe von Ernennungen zum Lehrmann. Sowohl der Versuch als der für diesen Versuch mit einer mehrbundertjährigen Vergangenheit erwählte Zeitpunkt muß in allen katholischen Kreisen äußerst peinlich berühren. Die Regierung wird jedenfalls im Landtage über die seltsamen Vorfälle interpellirt werden. Wie ein Beitrag zur Nothwendigkeit des Kampfes um die Schule.“ — Die Sache wird sich in etwas anders verhalten, als wie die „Germania“ sie darstellt.

sprechen, aber die Verfolgungen hätten den Charakter von Repressionen. (Beifall.) Die Geheimhaft Picquarts sei über die Mäßen verlängert worden, es gebe Schuldige, die sich einer Missethat ergeben, die Straftatigkeit ertheilen (Beifall), es gebe andere Fälligkeiten als Picquart, die nicht verfolgt würden. Diese Ungerechtigkeiten führten schließlich dazu, daß man außer sich gerathe. (Wiederholter Beifall.) Poincaré fügt hinzu: „Man hat uns gelegentlich des Prozesses von 1894 angegriffen; ich habe die Affaire aus den Zeitungen erfahren.“ (Beifall und Lärm.) Barthou jagt: „Ich bin bereit, die Erklärungen Poincarés, die der Ausdruck der Wahrheit sind, zu bestätigen.“ (Lebhafter Beifall; Ausrufe: „das ist wahrhaftig“, „das ist unschuldig.“) Poincaré fährt fort: „Der einzige Beweis für die Schuld Dreyfus' war 1894 das Bordereau. Weder der Ministerpräsident, noch irgend ein Minister hat von den Geständnissen Dreyfus' gehört, die Lebrun-Menault entgegen genommen habe.“ (Beifall.) Cabagnac ruft: „General Mercier hat sie empfangen.“ Poincaré fortsetzend: „Lebrun-Menault hat, ehe er von dem Ministerpräsidenten befragt wurde, nicht von den Geständnissen Dreyfus' gesprochen“ (Beifall auf allen Seiten.) Cabagnac will sprechen, wird aber durch den herrschenden Lärm daran gehindert. Poincaré schließt: „Das Schweigen lastete auf mir; ich bin glücklich, die Gelegenheit zu ergreifen, um so sagen, was ich wußte“ (erneuter Beifall). Nach Poincaré besteigt Cabagnac die Tribüne und führt aus, Mercier habe die Zeugenaussage Lebrun-Menaults über die Geständnisse Dreyfus' entgegengenommen. Der Bericht Lebrun-Menaults existire (Lärm; Ausruf „das Datum“). Redner fährt fort: „Ich messe den Zeugenaussagen der Zeitgenossen Bedeutung bei; der Bericht existirt, vielleicht hat aber Lebrun-Menault seine Aussage seitdem zurückgenommen (Zwischenrufe).“ Ich habe meinen Irrthum zugegeben, als ich die Fälschung Henrrys zur Anzeige brachte. (Beifall.) Man versucht heute, die Debatte auf das politische Gebiet zu ziehen, die Debatte sollte aber nicht von ihrem eigentlichen Gegenstande abgezogen werden.“ Kriegsminister Freyminet erklärt: „Als wir die Regierung übernahmen, waren die Verfolgungen schon eingeleitet. Unsere einzige Sorge war, der Wahrheit zu ihrem Rechte zu verhelfen. Wir werden uns nicht weigern, dem Kassationshofe alle Schriftstücke zugehen zu lassen, unter Vorbehalt alles dessen, was die nationale Vertheilung angehen könnte. (Beifall.) Der oberste Gerichtshof ist mit der Angelegenheit befaßt und es liegt im öffentlichen Interesse, daß die Angelegenheit, die das Land bewegt, nicht in die Länge gezogen werde. Der Militär-Justiz ist auf Befehl des Gouvernements von Paris, dessen Lob nicht erst verflüdet zu werden braucht (Beifall), in regelmäßiger Weise die Verfolgung Picquarts übertragen worden. Wir alle wollen Licht, und Licht wird gemacht werden. Die Regierung verlangt von der Kammer, daß sie ihre Initiative, daß sie die Unabhängigkeit der Justiz achte, und daß sie die Regierung nicht auffordere, die oder die Haltung zu beobachten.“ (Beifall.) Nach einer Erwiderung Millerands, der auf Vertagung des Prozesses Picquart besteht, ergreift Ministerpräsident Dupuy

**Berlin**, 29. November. Das Abgeordnetenhaus für den am 6. December d. J. zu stattfindenden Reichstag wird beim Beginn der Tagung nicht spärlich bemessen sein. Der Hauptausschuß des Specialetat's wird im Bundesrath am Anfang December rechtzeitig fertiggestellt sein und dem Reichstag sofort vorliegen. Die Verhandlungen des Bundesraths ist seit längerer Zeit die Novelle zum Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz zugegangen; sie wird in den betreffenden Ausschüssen einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Es ist noch nicht abzusehen, wann das Plenum in die Lage versetzt sein wird, den Entwurf zu begutachten. Ueber den Inhalt der Vorlage wird die öffentliche Meinung durch offiziöse

egungen der Kernpunkt so genügend unterrichtet daß sie zu den Grundgedanken hat Stellung nehmen können. Eine der ersten Vorlagen für den Reichstag soll der Gesetzentwurf betreffend die Verlängerung des Privilegiums der Reichsbank werden. Auch hier sind bereits Anhebungen in die Presse gelangt. Der Hypothekenbank- und der Reichsversicherungs-Gesetzentwurf sind ihrem Vorlaut nach, ersterer im Sommer, letzterer neuerdings veröffentlicht worden, wie sie in den betreffenden Reichsversorfs ausgearbeitet worden sind. Bis zur Erlebigung durch den Bundesrath wird aber noch einige Zeit verstreichen. Von der ersten Vorlage verläuft wenigstens, daß sie erst Mitte December an den Bundesrath gelangen wird. Andere wichtige Vorlagen befinden sich in einem noch unfertigeren Zustande, indem die Uebereinstimmung über die Grundlagen noch nicht hat herbeigeführt werden können. Der vielbesprochene Gesetzentwurf betreffend den Schutz der Arbeitswilligen ist noch nicht festgestellt. Das Fleischbeschaugesetz aus dem Reichsamt des Innern soll das Prinzip der obligatorischen Fleischschau für das ganze Reich einführen. Es waren bisher noch mehrere Punkte, wie die Entschädigungsfrage, die Frage, ob die Kontrolle am Eingangsort oder am Bestimmungsort stattfinden soll u. s. w., offengeblieben. Die Hoffnung darf gehegt werden, daß auch hier eine Verständigung stattfinden wird. Das Reichsamt des Innern wird ferner bieten einen Gesetzentwurf betreffend den Schutz der Angestellten im Handelsgewerbe und einen Gesetzentwurf betreffend die Stellung der Patentanwälte. Das Reichsjustizamt hat noch vorbereiten den Gesetzentwurf betreffend den Ertrag des Voreibes durch den Nachb u. s. w., der, wie wir gegenüber anders lautenden Meldungen betonen, noch nicht dem Bundesrath zugegangen sein soll, und die Revision des Urheberrechts. Die auf letztere bezügliche Vorlage dürfte noch in weitem Felde stehen. Das Auswärtige Amt wird durch die Kolonialabtheilung (Direktor Dr. v. Buchka) den umgeformten, vom Kolonialrath angenommenen Gesetzentwurf betreffend die Uebnahme von Neu-Guinea auf das Reich einbringen lassen. Aus der Heeresverwaltung wird die Heeresvorlage mit Bezugnahme auf den Ablauf des Quinquennats und die zweijährige Dienstzeit mit den Reorganisationsen dem Reichstage sofort vorliegen.

— Ueber die Verständigung, die betrefFs der lippischen Frage zwischen dem Kaiser und der Wehrzahl der größeren Bundesfürsten erzielt worden ist, verlautet nach der „Frankf. Ztg.“, daß innerhalb des Bundesrathes eine Intanz für Rechtsfertigkeiten von Bundesfürsten und für Erbfolgsfragen geschaffen wird. Der Bundesrath dürfte sich also zunächst in dem ihm vorliegenden fürstlich lippischen Antrage für zuständig erklären.

— Zur Ernennung des Prinzen Georg von Griechenland zum Gouverneur von Kreta verlaßt, der „R. Z.“ zufolge, aus Konstantinopel. Die vier Großmächte legten dem Prinzen Georg bei der Ernennung zum Oberkommissar für Kreta bestimmte Bedingungen auf. Vor Allem soll Prinz Georg die Suerzänität des Sultans anerkennen, als deren Zeichen an einem bestgeeigneten Orte die türkische Flagge gehißt bleibt. Ferner soll eine Nationalversammlung einberufen werden, um eine die Freiheit der Religionen verbürgende Verfassung auszuarbeiten. Der Auftrag des Prinzen gilt nur für drei Jahre. Die von den Mächten vorzuschickenden vier Millionen sollen zur Einrichtung und Verwaltung der Gendarmerie verwendet werden.

— In einigen Blättern wird eine wunderliche Erörterung über die Frage geführt, in wessen Namen die Herren Spahn und Wadem u. S. B. einen Kranz am Sarge des Fürsten Bismarck niedergelegt haben. In einer Aufschrift an die „Köln. Volksztg.“ war vor einigen Tagen bestritten worden, daß es namens der Zentrumsparthei geschehen, und erklärt worden die beiden Herren hätten es namens des Reichstags-Präsidiums gethan: Herr Spahn habe als zweiter Vizepräsident des Anfang August nicht mehr existirenden früheren Reichstags gehandelt, und er habe Herrn Wadem mit nach Friedrichsruh genommen, weil sonst Niemand zur Hand war. Die letztere Behauptung ist jedenfalls recht läßig; aber an der Angabe, daß Herr Spahn im Namen des früheren Reichstags-Präsidiums gehandelt, ist durchaus nichts Neues, denn das ist damals sofort erklärt worden; es war damals durchaus nicht davon die Rede, daß der Kranz im Namen der Zentrumsparthei niedergelegt worden wäre. Eine formelle Legitimation, für das Präsidium eines nicht mehr vorhandenen oder im Namen des neugewählten, noch nicht konstituirtenden Reichstags zu handeln, besaß Herr Spahn selbstverständlich nicht; gleichwohl hat ihm Niemand einen Vorwurf aus seinem Verfahren gemacht, welches der wohlgegründeten Empfehlung entsprang, daß der Reichstag am Sarge Bismarcks nicht unvertreten bleiben dürfe. Es war allerdings wenig geistig, zum Begleiter gerade ein zweites Mitglied desselben Zentrums zu wählen, das dem Fürsten Bismarck im Leben, und noch bei der 80. Geburtsstagsfeier am 1. April 1895, in der bekannten Weise gegenübergestanden. Die jetzige, an sich zureichende Hervorhebung der Thatfache, daß der Kranz nicht im Namen der Zentrumsparthei niedergelegt worden, scheint die Herren Spahn und Wadem gegen Angriffe schützen zu sollen, die vielleicht aus der Fraktion nach ihrem Zusammentritt befürdtet werden.

— Wie die „Magd. Ztg.“ von zukünftiger Seite hört, wird die Reichsregierung in der nächsten Zukunft einen Schritt in der Zukunftsprämienfrage nicht unternehmen, nachdem der Versuch zur internationalen Regelung der Angelegenheit auf der Konferenz zu Brüssel gescheitert ist; die Regierung wird sich vielmehr vollständig abwarten verhalten. Wir können hinzufügen, daß unter der Hand noch zwischen Frankreich und Belgien verhandelt wird, ob aber bei diesen Verhandlungen ein Ergebnis erzielt wird, dürfte sehr fraglich sein; jedenfalls bleibt Deutschland dabei völlig neutral. Doch die Angelegenheit im Reichstage zur Erörterung gelangen wird, ist mit Sicherheit anzunehmen, denn der Herr Schatzsekretär wird bei der ersten Lesung des Etats die Sachlage offen barlegen.

— Vor einigen Tagen hat die „Frankf. Ztg.“ in mehreren Artikeln über den Petroleum-Preis unter Anführung einer Reihe von Thatsachen



